

erstellt am: 15.11.2008

URL: www.rp-online.de/public/article/leverkusen/638771/Verdraengt-Asphaltwerk-Lidl.html

Leverkusen

Verdrängt Asphaltwerk Lidl?

Interview Baudezernent Wolfgang Mues wehrt sich gegen Vorwürfe, er wolle den Bau des von der Firma Oppermann geplanten Asphaltwerkes auf Dynamit-Nobel-Gelände verhindern. Lidl sorgt sich um den Standort.

Herr Mues, Ihnen wird vorgeworfen, Sie stünden dem Projekt Asphaltmischwerk mehr als kritisch gegenüber. Tun Sie's?

Mues Ich bewerte das Vorhaben aus Sicht eines Baudezernenten und als Wirtschaftsförderer. Da müssen Aspekte des Planungsrechtes und des städtischen Wirtschaftsprofils erlaubt sein.

Zum Beispiel?

Mues Der Nachbarschaftskonflikt. Etwa die Sorge der am Hornpottweg angesiedelten Betriebe. Lidl hat dort sein Verteilzentrum, von wo aus das ganze Rheinland beliefert wird. Und Lidl hat erklärt, dass man sich erhebliche Sorge um die Arbeitsplätze an diesem Standort mache, wenn das Asphaltwerk angesiedelt würde. Das sieht der Discounter als Imageschaden, wenn das Verteilzentrum für Lebensmittel im Schatten eines Asphaltwerks steht – mit dessen Emissionen.

Wie viele Arbeitsplätze bei Lidl wären denn im Falle eines Falles betroffen?

Mues Es ginge um 200 Arbeitsplätze, die allein bei Lidl wegfallen könnten. Ich bin als Wirtschaftsförderer auch für ein gutes Wirtschaftsbetriebsumfeld verantwortlich, da darf ich keine Arbeitsplätze gefährden.

Wie viele Arbeitsplätze brächte denn das Asphaltwerk?

Mues Oppermann spricht von zehn Stellen. Andere Fachleute haben drei bis vier genannt. Auch da muss kritisches Hinterfragen erlaubt sein: Leverkusen ist bereits mit 58 Prozent Siedlungsfläche dicht bebaut. Das Asphaltprojekt braucht rund 30 000 Quadratmeter bei wenigen neuen Arbeitsplätzen. Da muss sich die Verwaltung fragen: Können wir es uns als Stadt leisten, angesichts der nur beschränkt zur Verfügung stehenden Gewerbeflächen, einem solchen Flächenverbrauch für eben wenige neue Stellen zuzustimmen?

Ihnen wird auch vorgeworfen, Sie hätten aus persönlichem Interesse als Bewohner Schlebuschs natürlich etwas gegen das Werk und steckten als Macher hinter der neuen Bürgerbewegung gegen das Werk.

Mues Es ist absoluter Quatsch, dass ich der Initiator der Bürgerbewegung sein soll. Zum ersten Mal habe ich mit Herrn Professor Piepenstock, einem der Gründer der Initiative, im April telefoniert, als er mir in einem Brief die Sorgen der Anwohner mitteilte. Obgleich: Ich kann diese Sorgen der Bewohner verstehen, weil sie sich um die Umweltbedingungen ihrer Wohngegend sorgen. Während etwa bei einem Projekt wie der Wohnbebauung an der Reuterstraße, von der keine Industrieemissionen ausgehen, die Politik einen scharfen Bebauungsplan fordert mit erheblichen Einschränkungen für Bebauungsmöglichkeiten, wird von mir erwartet, diese große Industrieanlage, die im Abstandserlass gleichgesetzt wird mit Stahlgießereien, ohne Bebauungsplan beiläufig durchzuwinken. Das haben Irmgard Goldmann (CDU) und Wolfgang Pockrand (SPD) im Bauausschuss im September allzu deutlich gefordert. Dieses Durchwinken verstehe ich nicht. Das versteht auch der Bürger nicht.

Sie sollen auch getrödeln haben mit der Bearbeitung der Angelegenheit.

Mues Das ist schlicht eine falsche Behauptung. Das weise ich sowohl für mich als auch für meine Mitarbeiter strikt zurück. Im Juli 2007 gab es das erste Gespräch mit der Firma Oppermann. Damals habe ich gesagt, es bedürfe dafür eines Verkehrsgutachtens wegen des Knotenpunktes Willy-Brandt-Ring. Im Januar dieses Jahres hat Oppermann dann erst den Antrag auf Vorbescheid eingereicht. Daraufhin hat die Stadt erneut nach dem Verkehrsgutachten gefragt. Der erste Teil des Gutachtens kam im März. Anfang Juni hat der zuständige Umweltdezernent Frank Stein in Abstimmung mit mir an einen Beauftragten von Oppermann geschrieben, man müsse einen Bebauungsplan für das Gelände erstellen. Ende Juli, also ein Jahr nach dem ersten Gespräch, kamen die vollständigen Verkehrsgutachten-Unterlagen von Oppermann. Wer war hier also langsam?

Hat Oppermann auf das Schreiben reagiert?

Mues Nein. Man ignoriert unsere Schreiben offenbar, anstatt auf uns zuzukommen und zu klären, wie man rasch einen B-Plan in die Wege leiten könnte. Das wirkt wie eine Kampagne gegen mich. Ich werde ohnehin seit zirka einem Jahren stark bedrängt, dieses Vorhaben zu genehmigen.

Inwiefern?

Mues Ich möchte das nicht weiter ausführen. Ich stelle das aber fest.

Die Stadtspitze hat in der Bauausschusssitzung am 2. September entschieden und im Oktober erneut bekräftigt: Ein Bebauungsplan muss sein. Für Montag steht das Thema aber nicht auf der Tagesordnung des Bauausschusses. Was passiert nun?

Mues Wenn es keinen Bebauungsplan gibt und ein ordentlicher Bauantrag eingereicht wird, wird sich die Bauverwaltung gegen das Vorhaben aussprechen. Ohne Bebauungsplan wird eine Bebauung – egal mit welcher Nutzung – nicht möglich sein.

Ludmilla Hauser führte das Gespräch.

© RP ONLINE GmbH 1995 - 2008

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP ONLINE GmbH

Nachrichten aus **Leverkusen**, Leichlingen

Artikel drucken